

Pressemitteilung

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.

Jahrespressekonferenz Tourismus 2016

Redemanuskript von Angela Inselkammer, Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,

2016 ist das fünfte Rekord-Tourismusjahr in Folge, für mich ein Beleg für die Leistungsfähigkeit der bayerischen Hotellerie und Gastronomie, aber auch ein Beleg dafür, wie schön und wie lebenswert unser Bayern ist. Ich kann sogar noch ein paar Erfolgszahlen aus Hotellerie und Gastronomie „draufsatteln“: In unseren 39.500 gastgewerblichen Betrieben in Bayern arbeiten mittlerweile über 400.000 Erwerbstätige. Das ist jeder 20. Erwerbstätige Bayerns. In Hotellerie und Gastronomie werden rund 10.000 Auszubildende ausgebildet. Das ist fast jeder 10. Auszubildende Bayerns. Zusammen erwirtschaften sie 16 Mrd. Euro Umsatz. Davon fließen 60 Prozent - rund 10 Mrd. Euro - an direkt dem Gastgewerbe zuordenbaren Vorleistungen. Hierzu zählen unter anderem Handwerker, Bäcker, Taxifahrer, Steuerberater, Marketingagenturen, Energieversorger oder im besonderen Maße der Groß- und Einzelhandel. Von diesen 10 Mrd. Euro an Vorleistungen, die allein von Hotellerie und Gastronomie beauftragt werden, fließen 30 Prozent in die Löhne der entsprechenden Firmen, so dass zusätzlich zu den 400.000 Erwerbstätigen in Hotellerie und Gastronomie nochmals 150.000 Menschen in Bayern in anderen Branchen im Vollerwerb direkt vom Gastgewerbe leben. Damit zählt das Gastgewerbe „zu den wichtigsten Arbeitsbeschaffern“ Bayerns. Und zwar in allen Landesteilen, auch in Regionen, aus denen sich andere Branchen zum Teil seit langem zurückgezogen haben. Das sage übrigens nicht ich, das sagt der druckfrische Betriebsvergleich des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr, auf den ich im Folgenden immer wieder einmal zu sprechen komme.

Hotellerie und Gastronomie sind mittlerweile *die* regionalen Wirtschaftsmotoren. Sie sind Garanten einer positiven ländlichen Entwicklung. Hoteliers und Gastronomen sind flächendeckend in Bayern vertreten, sind absolut standorttreu, nutzen in hohem Maße regionale Anbieter und zahlen vor Ort ihre Steuern. Ich glaube, wir sind uns einig: Unsere Betriebe sind die Visitenkarte Bayerns. Unser Gastgewerbe ist mittlerweile systemrelevant für den Erfolg Bayerns.

Es ist aber keine Selbstverständlichkeit, dass es so bleibt. Das zeigen auch die Ergebnisse des angesprochenen Betriebsvergleiches: So ist die Zahl der Betriebe im Untersuchungszeitraum erneut um knapp 1.000 gastgewerbliche Anbieter gesunken. Seit der Jahrtausendwende sind es sogar mehr als 3.000 Betriebe weniger. Das sind mehr Betriebe, als Bayern Gemeinden hat.

Seite 1 von 3

Seite 2 von 3

Die Folgen sind bekannt: Wo die Wirtschaft stirbt, stirbt der Ort. Ich bin aber die letzte, die jammert, ganz im Gegenteil, ich habe lauter positive Nachrichten:

- Gegen dieses Wirtshaussterben kann man etwas tun.
- Jede Maßnahme, die den Erhalt der Wirtshauskultur unterstützt, fördert die regionale Entwicklung Bayerns in Gänze
- Der Betriebsvergleich zeigt Lösungen auf
- Auch ich habe noch ein paar gute Anregungen - und ...
- Mit Ihnen, Frau Aigner, weiß ich zudem eine Kämpferin für unsere Anliegen an unserer Seite – das macht Mut!

Die von den Wissenschaftlern angedeutete Maßnahme, um Gastronomiebetriebe zu entlasten, ist, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auch in diesem Bereich einzuführen. Das würde die Betriebe wirtschaftliche rentabler werden lassen, sie wären wieder kreditwürdig, sie könnten in den Substanzerhalt investieren, die Investitionen kämen wieder der regionalen Wirtschaft zugute, eine Betriebsübernahme durch die Nachfolger wäre wieder interessanter, der Ort würde wieder an Lebensqualität gewinnen und, und, und ... Dass das ganze funktioniert, hat man bei der Hotellerie gesehen. Das sage übrigens nicht ich, das sagt auch der Betriebsvergleich.

Neben den rein monetären Aspekten verstehe ich einfach nicht, warum Essen im Stehen anders besteuert wird wie Essen im Sitzen. Ich verstehe nicht, warum Essen für uns Menschen steuerlich schlechter gestellt ist, als Tierfutter. Ich verstehe nicht, warum ich für Kindergarten- und Schulkinderverpflegung mehr Steuern abführen muss, als für Studentenessen. Ich verstehe nicht, warum eine frisch zubereitete, servierte Suppe oder ein Salat steuerlich benachteiligt wird, im Gegensatz zu einer Tütensuppe oder einem Salat im Plastikkübel im Discounter.

Zudem wären 7 Prozent Mehrwertsteuer nur fair, weil die klassische Gastronomie unglaublich arbeitsintensiv ist. Auf den gleichen Umsatz kommen in der Gastronomie sechs Mal mehr Beschäftigte als zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel. Mein Wunsch: Gleiches Recht für alle. Einheitlicher Umsatzsteuersatz auf alle Lebensmittel – egal wo gekauft, wie zubereitet und wie gegessen.

Und wenn dann noch ein etwas weniger bürokratisches Umfeld geschaffen werden würde, das wieder mehr selbstverantwortliches Handeln zulässt und das Arbeitszeitgesetz an die Lebenswirklichkeit angepasst werden würde, wäre der Branche extrem geholfen. Wir brauchen einfach weniger Bürokratie oder zumindest nicht ständig on top neue Auflagen! Stichwort Allergenkennzeichnung. Die hätte es nicht gebraucht. Die nützt nur den Lebensmittelkonzernen. Sie gräbt der gesunden, frisch zubereiteten regionalen Küche das Wasser ab. Oder was der Wirtschaft mit der Arbeitszeitdokumentation aufgebürdet wurde: Das hätte es so nicht gebraucht.

Seite 3 von 3

Unsere Wirtinnen und Wirte wollen für den Gast und nicht für Statistiken da sein. Gerade auf dem Land, wo traditionell noch alle Familienmitglieder anpacken müssen, kann es nicht sein, dass einer fast nur noch Dokumentationen und Statistiken ausfüllen muss.

Und zum Stichwort Arbeitszeitgesetz: Das jetzige Gesetz ist vollkommen lebensfremd. Wenn eine Hochzeit auf dem Land länger dauert, bekomme ich einfach um Mitternacht keine komplett neue Mannschaft. Und meine Arbeitnehmer wollen dann auch lieber zwölf Stunden arbeiten, dafür haben sie dann auch am nächsten Tag frei. Keiner will die Gesamtarbeitszeit verlängern. Es geht auch nicht um unbezahlte Mehrarbeit. Das, was wir fordern, ist lediglich Flexibilität, die Unternehmer, vor allem aber auch unsere Mitarbeiter und unsere Gäste schlichtweg erwarten. Und daher machen wir uns stark für eine Umstellung von täglicher auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit. So wie sie die EU-Richtlinie bereits vorsieht. Und wie es die Bayerische Staatsregierung in einem Ministerratsbeschluss bereits beschlossen hat.

Liebe Frau Aigner: Ich weiß, Sie denken so wie ich. Bitte versprechen Sie mir, dass Sie alles daran setzen werden, dass dieser Kabinettsbeschluss nach den Bundestagswahlen auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird.

Herzlichen Dank!

*– Ende des Stichwortmanuskripts –
Es gilt das gesprochene Wort*